

/ Extremismusprävention und politische Bildung: Zur Zunahme extremismuspräventiver Herangehensweisen und deren Auswirkungen auf die politische Bildung

Martin Haselwanter*

Zusammenfassung

Seit Mitte der 2010er-Jahre sind in Österreich verstärkt Anstrengungen feststellbar, als radikal oder extremistisch ausgemachten Entwicklungen mittels Extremismusprävention zu begegnen. Politisch bildendes Agieren scheint in diesem Aufgabenfeld an Bedeutung zu verlieren. Zentrale These des vorliegenden Beitrags ist, dass derart schleichend eine Marginalisierung von Bildung qua Zunahme präventiver Herangehensweisen vonstattengeht. Aber woran liegt das und welche Auswirkungen hat die Zunahme extremismuspräventiver Herangehensweisen auf die politische Bildung? Eine Antwortmöglichkeit wird in handlungslogischen Unterschieden von Prävention und (politischer) Bildung gesucht.

Schlagwörter: Extremismusprävention, politische Bildung, Marginalisierung von Bildung

Extremism prevention and political "Bildung"

On the increase in extremism-preventive approaches and their effects on political „Bildung“¹

Abstract

Since the mid-2010s, there have been increasing efforts in Austria to counter developments that have been identified as radical or extremist by means of extremism prevention. Political „Bildung“ seems to be losing importance in this field. The central thesis of this article is that a creeping marginalisation of „Bildung“ is taking place due to an increase in preventive approaches. What is the reason for this and what effects does the increase in extremism-preventive approaches have on political „Bildung“? One possible answer is sought in the action logical differences between prevention and (political) „Bildung“.

Keywords: Prevention of extremism, political “Bildung”, civic education, marginalisation of “Bildung”

* Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Institut für Erziehungswissenschaft, Innrain 52a, 6020 Innsbruck, E-Mail: martin.haselwanter@uibk.ac.at, Telefon: 0043-512-507/40021

Danksagungen: Bedanken möchte ich mich bei den Organisator*innen der Tagung „Kampffeld politische Bildung“ (9. bis 11.3.2023, Siegen/Deutschland), die es mir ermöglicht haben, im Rahmen eines Tagungs-Beitrags erste Ideen zu dem vorliegenden Artikel zur Diskussion zu stellen. Darüber hinaus möchte ich mich bei meinen Kolleg*innen des Lehr- und Forschungsbereichs „Soziale und außerschulische politische Bildung“, den beiden anonymen Gutachter*innen und Laura Rosinger für die wertvollen Anregungen bedanken. Zudem ein großes Dankeschön an die Herausgeber*innen von „Momentum Quarterly“.

Finanzierung: Der Beitrag erhielt keine gesonderte finanzielle Zuwendung, wurde aber durch meine Anstellung am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck ermöglicht.

¹ Auf eine Übersetzung von „politischer Bildung“ als „civic education“ wurde nicht zuletzt aufgrund der Relevanz des deutschsprachigen Bildungsbegriffs im Rahmen des Beitrags verzichtet. Die Bezeichnung „Bildung“ wurde beibehalten.



Extremismusprävention und politische Bildung: Zur Zunahme extremismuspräventiver Herangehensweisen und deren Auswirkungen auf die politische Bildung

Seit Mitte der 2010er-Jahre sind in Österreich intensiviert Anstrengungen feststellbar, als radikal oder extremistisch ausgemachten Entwicklungen mittels Extremismusprävention zu begegnen (Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung o. J.: 5; Fabris 2019: 64ff.; Hofinger et al. 2021: 78; Klammer 2016: 212).

Der vorliegende Beitrag geht nach einer einführenden Klärung des Begriffs „Extremismus“ der Frage nach, welche Entwicklungen, (weiteren) begrifflichen Rahmungen, Aktivitäten und Maßnahmen das Feld der Extremismusprävention in Österreich kennzeichnen und welche Auswirkungen die Zunahme extremismuspräventiver Herangehensweisen auf die politische Bildung in- und außerhalb der Schule hat. Auf Grundlage einer analytischen Betrachtung von Dokumenten (Glaser 2013: 366f.) und relevanter Literatur werden ausgewählte extremismuspräventive Angebote verschiedener Akteurinnen und Akteure kurz abgebildet. In der Folge wird ausgehend von handlungslogischen Reflexionen (Milbradt et al. 2019: 156f.; Höhne 2022: 83) nach Unterschieden von Prävention und (politischer) Bildung gefragt. Basierend auf der handlungslogisch begründeten These einer schleichend vorstattengehenden Marginalisierung von Bildung qua Zunahme präventiver Herangehensweisen werden anschließend Auswirkungen auf die politische Bildung diskutiert.¹

1 Der Begriff Extremismus

Im Kontext der Verwendung des Begriffs „Extremismus“ und des damit einhergehenden Extremismusansatzes erscheint der politische Raum „als eine Linie, auf der ein großer Mittelbereich scharf von den linken und rechten Rändern abgegrenzt ist. Wahlweise wird von Vertreter(inne)n des Ansatzes auch das Bild des Hufeisens bemüht, dessen gerundeter Teil die legitime politische Mitte symbolisiert, wohingegen sich die als

extremistisch bezeichneten Enden einander annähern, um so die vermeintliche Nähe der beiden Extreme rechts und links zu verdeutlichen.“ (Wiegel 2011: 223) Neben Uwe Backes ist Eckhard Jesse ein führender wissenschaftlicher Vertreter dieses Ansatzes (ebd.: 229). Politischer Extremismus zeichnet sich für Jesse (2002) „dadurch aus, dass er den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt und beseitigen will“. Gerd Wiegel (2011: 229f.) problematisiert eine solche Betrachtungsweise, da damit „rechter und linker Extremismus in der Wahl seines Gegners (liberaler Verfassungsstaat) [...] als gleich“ erscheinen und „sich mit dieser Definition jede weitere inhaltliche Dimension“ erübrigt hat. Verkannt würden grundlegende Unterschiede, die sich etwa in demokratischen, menschenrechtlichen oder den sozialen Rechtsstaat betreffenden Positionierungen fänden. Zudem existiere, um ein weiteres Differenzkriterium anzuführen, „keine wahllose linke Alltagsgewalt“ (ebd.: 227f.). „Hinter ‚Extremismus‘ verbirgt sich nicht eine konkrete und fundierte Gefahr für die Demokratie, sondern ein Konzept, dass [sic!] sich dazu eignet, politische Gegner*innen teils willkürlich auszugrenzen“, folgert Dominik Feldmann (2023: 279).

Eine erstmalige amtliche Erwähnung findet der Extremismusbegriff im westdeutschen Verfassungsschutzbericht des Jahres 1974 (Seidel 2020: 90). Wissenschaftlich ist das Konzept umstritten (ebd.: 98). In Deutschland wurde und wird es „in erster Linie durch den Inlandsgeheimdienst [Verfassungsschutz] und durch die Bundeszentrale für politische Bildung popularisiert“ (ebd.). Je nach Modell kommen zu den Extremismen von rechts und links noch weitere hinzu (Feldmann: 2023: 105), etwa ein islamistischer.

Zwar versuchen einige Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen in Österreich (Grigori 2021: 8; Fabris/Reicher 2021: 15f.; Weidinger 2014) basierend auf Ansätzen von Willibald Holzer, der in den 1990er-Jahren für das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) u. a. eine inhaltliche Bestimmung des Begriffs des Rechtsextremismus vorgelegt hat, „Extremismus nicht als Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats [zu definieren], sondern als ein Phänomen mit einem Bündel an Eigenschaften. Wesentliche ideologische Elemente sind die Vorstellung sozialer Ungleichheit, die als naturgegeben gedeutet wird, die Idee homogener Völker und Kulturen, Vorrang der (Volks-)gemeinschaft vor dem Individuum, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, biologischer und/oder

¹ Diese These knüpft an Überlegungen an, die gegen Ende des Beitrags „Politische Bildung und Fußball in Österreich – eine Spurensuche zwischen Marginalisierung und Prävention“ formuliert wurden (Haselwanter i. E.).

kultureller Rassismus, Sexismus...) sowie ein autoritäres Staatsverständnis“ (Fabris/Reicher 2021: 16). Angelehnt an Debatten in Deutschland dominiert jedoch auch in Österreich ein von den Sicherheitsbehörden vertretener Extremismusansatz. So heißt es im „Verfassungsschutzbericht 2022“: „Allgemein werden unter ‚Extremismus‘ unterschiedliche politische Bestrebungen, die sich offen gegen die Normen und Regeln des Verfassungsstaates wenden, definiert. [...] Im Gesamtkomplex Extremismus sind in Österreich – neben dem islamistischen Extremismus und Terrorismus – unter anderem folgende Teilphänomene besonders hervorzuheben: Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie staatsfeindliche Verbindungen.“ (Bundesministerium für Inneres, Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst 2023: 15)

2 Extremismusprävention in Österreich

Das Thema „Extremismus“ ist in Österreich (in größerem Ausmaß) Werner Prinzjakowitsch (2018: 23) folgend „[v]ergleichsweise spät, erst seit 2014 [...] angekommen, vor allem auch in allen Medien. Vordergründig geschieht das in Bezug auf junge Männer, meist mit, öfter auch ohne Migrationshintergrund, die ‚sich radikalisiert‘ haben oder auch ‚radikalisiert wurden‘ – je nach Interpretation – und bereit sind für ihre Ideologie/Religion Gewalt auszuüben, unter Umständen auch zu töten.“ Aus sicherheitspolitisch-pädagogischer Perspektive finden die dazugehörigen Debatten, die sich (ursprünglich) vornehmlich auf den islamistischen Extremismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen fokussierten (Fabris 2019: 67; Grigori 2021: 8; Klammer 2016: 213), in den vom Bundesministerium für Inneres (BMI) ausgehenden Aktivitäten ihren Widerhall.

Im Jahr 2016 richtete das damalige Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) im BMI ein Referat für Prävention ein, auf dessen Initiative – nach Vorbild des Wiener Netzwerks Demokratiekultur und Prävention (WNED) (Kucharowits 2020) – 2017 das BNED (Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung) gegründet wurde (Fabris 2019: 64). Unter der Koordination der Nachfolgeorganisation des BVT, der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), stimmen sich gegenwärtig im Rahmen des BNED Vertreter*innen „aus unterschiedlichen Ministerien [inkl. des Bundesministeriums für Bildung,

Wissenschaft und Forschung], den Bundesländern, der Zivilgesellschaft, dem Städte- und dem Gemeindebund sowie anlassbezogenen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung in regelmäßigen Abständen zu strategischen Aspekten von Extremismusprävention und Deradikalisierung in Österreich ab“ (Bundesministerium für Inneres, Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst o. J.)². Die DSN bezeichnet das BNED „als Meilenstein und europäisches Vorbildmodell von einzigartigem Charakter“ (ebd.). Als „strategische Grundlage für die koordinierte Maßnahmensetzung im Fachbereich“ und „als allgemeine Orientierungshilfe“ arbeitete das BNED im Jahr 2018 die „Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ aus (ebd.). Im Vorwort dieses richtungsweisenden Dokuments heißt es, dass „neben repressiven Methoden, die erst zum Zeitpunkt konkreter Gefahren einsetzen“, es „vor allem präventiver Maßnahmen“ bedarf, „um Radikalisierung erst gar nicht entstehen zu lassen und Deradikalisierung voranzutreiben“ (Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung o. J.: 3). „Radikalisierung“ wird in dem Papier als Prozess der Anpassung an eine Ideologie beschrieben, die auf eine grundsätzliche Veränderung des gesellschaftlichen Ordnungssystems abzielt. Betont wird dabei, dass „die reine individuelle Überzeugung einer radikalen Idee [...] in einem demokratischen Rechtsstaat nicht per se strafrechtlich relevant“ (ebd.: 21) ist. Gewalt wird als wesentliche Grenze zum Extremismus benannt, der als eine „zum Äußersten“ hin gerichtete politische, religiöse oder weltanschauliche Einstellung“ (ebd.) beschrieben wird, die „eine totale Veränderung des gesellschaftlichen Ordnungssystems“ (ebd.) anstrebt. Um „Extremismus in all seinen Erscheinungsformen im Blick zu haben“ (ebd.), verzichtet das Strategiepapier „auf die Nennung einzelner Extremismusformen“ (ebd.). Als Gemeinsamkeit wird im Sinne des Extremismusansatzes auf „die ablehnende Haltung gegen-

² Neben sieben Ministerien, den neun Bundesländern, dem Städte- und dem Gemeindebund sowie der Bundesstelle für Sektenfragen ist auf folgende Mitglieder des Netzwerks hinzuweisen: Wiener Netzwerk Demokratiekultur und Prävention, Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs (KIJA), Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit (BOJA)/Beratungsstelle Extremismus, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Verein DERAD – Netzwerk sozialer Zusammenhalt, Verein Frauen ohne Grenzen, Verein NEUSTART, Verein Wiener Jugendzentren (Vortrag an den Ministerrat 2020a).

über dem demokratischen Rechtsstaat“ (ebd.: 15) durch alle Formen hingewiesen. „Prävention“ wird definiert als „Konzipierung von Strategien und Maßnahmen, die zum Ziel haben, das Risiko von Radikalisierung und Extremismus einzudämmen“ (ebd.: 22). Unterschieden wird in primäre oder universelle Prävention, die die gesamte Gesellschaft adressiert und sich an keine spezifische Zielgruppe richtet; in sekundäre Prävention, die Personen fokussiert, „die gefährdet sind, sich zu radikalieren, und im Umfeld von Personen stehen, die bereits erste Anzeichen für eine individuelle Entwicklung hin zu Radikalisierung zeigen“ (ebd.), und in tertiäre Prävention, die jene adressiert, „die schon strafrechtlich relevante Handlungen gesetzt haben und bei denen ein Rückfall in extremistische Handlungsmuster verhindert werden soll“ (ebd.). „Deradikalisierung“ – neben Prävention die zweite pädagogisch bedeutsame Begrifflichkeit – setzt dem Grundlagenpapier folgend dort an, wo von einer „sehr weit“ fortgeschrittenen Radikalisierung sowie einer Gefährdung von sich selbst und/oder anderen Menschen auszugehen ist (ebd.). Als „Lösungsmodell“ (ebd.: 14) wird auf einen holistischen, gesamtgesellschaftlichen Ansatz verwiesen. Dessen „Wirksamkeit hängt wesentlich davon ab, wie und in welchem Ausmaß es gelingt, öffentliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Organisationen zu vernetzen und dauerhafte, verbindliche und zielorientierte Kooperationsbündnisse zu etablieren. Die Notwendigkeit dazu besteht auf allen Handlungsebenen, in Kommunen und Regionen ebenso wie auf Landes- und Bundesebene.“ (ebd.: 14f.) Bezüglich etwaiger pädagogischer Maßnahmen wird u. a. auf „Strafvollzug und Resozialisierung“ (ebd.: 26), „politische Bildung“ (ebd.: 31), „elementarpädagogische Einrichtungen“, teilnehmer*innenorientierte Formate für Erwachsene (ebd.: 32), „außerschulische Jugendarbeit“ (ebd.: 41), „Wissenschaft und Forschung“ (ebd.: 49), „Internet und Medien“ (ebd.: 52) oder auch „Organisationen der Gemeinde“ (ebd.: 37) hingewiesen. Die DSN ortet Extremismusprävention zudem „auch in der Verantwortung jeder Bürgerin und jedes Bürgers“ (Bundesministerium für Inneres, Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst 2023: 86). Extremismusprävention soll demnach idealtypisch immer und überall sowie von allen Bürger*innen ausgehend stattfinden.

Zu einer Vervielfachung extremismuspräventiver Bemühungen führten die islamistischen Terroranschläge am 2.11.2020 in Wien mit vier Todesopfern und 23 Verletzten (O. A. 2020): Ausgehend von einem Ministerratsbeschluss basierend auf einem Vortrag an den

Ministerrat (2020b) am 16.12.2020 wurden unter dem Begriff „Strategische Extremismusprävention“ zusätzlich zu dem bereits bestehenden Angebot 8 Millionen Euro für Maßnahmen bereitgestellt. Die Schwerpunkte sollten „in allen sozialen Bereichen liegen, insbesondere im Bildungswesen“ (ebd.) sowie im „Ausbau von Anlaufstellen und niederschweligen Beratungsangeboten für Angehörige, die Radikalisierungstendenzen wahrnehmen, jedoch davor zurückschrecken, Behörden und andere Stellen zu informieren“ (ebd.).

Um noch ein weiteres Beispiel für Förderungen anzuführen, kann auf nationale und europäische Mittel aus dem Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF) hingewiesen werden. Im Jahr 2024 sind es knapp 4 Millionen Euro, die für 26 Projekte im Rahmen des Integrationsförderschwerpunktes „Prävention von Extremismus und Segregation“ zur Verfügung gestellt werden. (Bundeskanzleramt o.J.)

3 Aktivitäten und Maßnahmen

Hinsichtlich eines Einblicks in das durch die Aktivitäten staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen sowie deren Zusammenarbeit gekennzeichnete Feld möchte ich auf eine Aufstellung von Verena Fabris (2019: 65ff.) hinweisen. Sie skizziert sechs Aktivitäten- und Maßnahmen(bereiche) zum Thema „Extremismus“:

- *Workshops in Schulen*, die durch das Bildungsministerium 2015/2016 und 2017/2018 (sowie erneut ab 2022 [OeAD o. J.a]) zur Verfügung gestellt und u. a. von NGOs durchgeführt wurden (bzw. werden).

- *Deradikalisierung im Strafvollzug*, etwa die im Sommer 2015 gegründete und sich aus Führungskräften im Strafvollzug zusammensetzende Taskforce „De-Radikalisierung im Strafvollzug“ oder die seit 2016 bestehende Kooperation des Justizministeriums mit dem Ende 2015 neu gegründeten Verein DERAD – Netzwerk sozialer Zusammenhalt, der mit Verurteilten und Inhaftierten arbeitet sowie Fortbildungen anbietet.³

3 DERAD ist u. a. „für die Betreuung von Inhaftierten im Bereich der Extremismus-Prävention zuständig, sowie für die Nachbetreuung von einschlägig verurteilten Personen, sowie für Bildungsmaßnahmen für die Justizwachebeamten/innen im Bereich Extremismusprävention“. Der Fokus liegt auf religiös begründetem „politischem Extremismus“ sowie anderen „Formen des politischen Extremismus und Terrorismus“ (DERAD o. J.).

- *Meldestellen* des Innenministeriums – z. B. die Meldestelle NS-Wiederbetätigung (mit jüngerem Entstehungszeitpunkt ist zudem die Meldestelle Extremismus und Terrorismus anzuführen).

- *Beratungsstellen*, wobei besonders auf die 2014 gegründete, beim bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit (boJA) angesiedelte und vom Bundeskanzleramt – Sektion Familie und Jugend finanzierte Beratungsstelle Extremismus hingewiesen wird, die als „bundesweite Anlaufstelle für radikalisierte Personen, Angehörige und Multiplikator_innen“ (Fabris 2019: 66) dient und eine „kostenfreie Helpline, persönliche Beratungsgespräche, Fachberatungen sowie Fort- und Weiterbildungen“ (ebd.) anbietet.⁴

- Das von der Organisation Frauen ohne Grenzen (Women without borders) konzipierte Projekt *Mütterschulen gegen Extremismus*, das Mütter adressiert, damit diese „eine Radikalisierung früh erkennen und dagegen angehen können“ (ebd.).

- *Bundesländer-Netzwerke*, wie u. a. das sich ab 2014 organisierende Wiener Netzwerk Demokratiekultur und Prävention (WNED), das die Expertise von „für die Betreuung, Beratung und Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ (ebd.) zuständigen und sich mit „gruppenbezogenen Abwertungsideologien und antidemokratischen Haltungen“ (ebd.: 67) auseinandersetzen den Einrichtungen der Stadt Wien bündelt.

In Ergänzung zu den angeführten Aktivitäten und Maßnahmen und mit dem Hinweis, dass, wie in Deutschland (Lützing et al. 2020: 599), der Zuwachs an Projekten und Initiativen die Wahrung eines Überblicks erschwert, möchte ich paradigmatisch weitere Beispiele anführen:

- (Zusätzliche) *Angebote der Sicherheitsbehörden* (bzw. der DSN) wie Präventionsgipfel oder die ab 2023 standardisierte Ausbildung von Präventionsbeamt*innen, die im schulischen Kontext, in Vereinen oder auch im Rahmen staatlicher Einrichtungen zum Einsatz kommen (Bundesministerium für Inneres. Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst 2023: 85, 88; Marchart 2023)

- *Onlineangebote*, etwa des 2017 gegründeten Online-Streetwork betreibenden Vereins turn – Verein für Gewalt- und Extremismusprävention, das von der Beratungsstelle Extremismus mitentwickelte Online-

Archiv „extremismus.info“ oder die Webplattform „AUFWERTEN“, die vom österreichischen Sicherheitsforschungs-Förderprogramm KIRAS unterstützt, im Rahmen des Projekts AWID entstand (AWID o. J.).

- *Wissenschaftliche Begleitmaßnahmen in Lehre und/oder Forschung*, u. a. des Instituts für angewandte Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS) der Universität Innsbruck, des 2021 initiierten Research Clusters Counter-Terrorism, CVE & Intelligence am Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen der Donau-Universität Krems oder des 2018 als Verein gegründeten Europäischen Instituts für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP).

- *Internationale Netzwerke*, wie das seit 2011 bestehende, von der Europäischen Kommission finanzierte und europaweit Praktiker*innen zusammenführende Radicalisation Awareness Network (RAN).⁵

- (Weitere) *Angebote von Einrichtungen, die nicht primär extremismuspräventiv (bzw. sicherheitspolitisch) tätig sind*: Aus Perspektive der Fragestellung dieses Beitrags ist diesbezüglich – neben dem Integrationsbereich – besonders auf (weiter unten skizzierte) Aktivitäten von Organisationen hinzuweisen, die aus der Bildungsarbeit kommend, zunehmend auch extremismuspräventiv agieren (z. B.: NGOs, die die angeführten Schulworkshops durchführen, oder Einrichtungen, die aufgrund von erhaltenen Fördermitteln in dem Bereich neu aktiv werden). Zudem kann etwa die bei der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich – IGGÖ angesiedelte Kontaktstelle für Extremismusprävention und Deradikalisierung angeführt werden

Angesichts dieser zahlreichen, seit Mitte der 2010er-Jahre stetig anwachsenden Aktivitäten und Maßnahmen drängt sich die Frage auf, warum extremismuspräventiven (im Gegensatz zu politisch bildenden) Herangehensweisen eine dermaßen umfassende finanzielle Förderung und Ausweitung zugutekommt. Dass qua Extremismusansatz die vermeintliche Mitte des politischen Spektrums entlastet wird, indem etwa Fragen nach einer Verbindung mit Faschisierungsprozessen ausgeblendet bleiben (Keil 2020: 46), und sie deshalb ein Interesse an der Verbreitung entsprechender Betrachtungsweise hat, möchte ich an dieser Stelle als unstrittige Antwort

4 Verena Fabris leitet seit Dezember 2014 die Beratungsstelle Extremismus.

5 Ausführungen zu weiteren länderübergreifenden Netzwerken finden sich bei Lützing et al. (2020: 620ff.).



voraussetzen.⁶ Aber wie steht es mit pädagogischen Implikationen? Wird extremismuspräventiven Maßnahmen mehr Wirkung attestiert? Meine Annahme ist, dass Antwortmöglichkeiten in einer Betrachtung handlungslogischer Unterschiede von Prävention und (politischer) Bildung zu finden sind und sich damit einhergehend die These einer schleichend vonstattengehenden Marginalisierung von Bildung qua Zunahme präventiver Herangehensweisen begründen lässt.

4 Prävention und (politische) Bildung – notwendige Klärungen

Für Ulrich Bröckling (2012: 93f.) ist Prävention die „dominante Ratio, unter der zeitgenössische Gesellschaften ihr Verhältnis zur Zukunft verhandeln und organisieren. Gekennzeichnet ist dieses Verhältnis zur Zukunft durch einen aktivistischen Negativismus: Nicht Fortschritt zum Besseren, sondern Vermeidung künftiger Übel bildet die Stoßrichtung vorbeugender Anstrengungen. Prävention will nichts schaffen, sie will verhindern. Die Zukunft, die sie antizipiert, um ihre Aktivitäten zu begründen, erscheint stets finsterer als die Gegenwart, der Verzicht auf Vorbeugung bedrohlicher als deren mögliche Effekte.“ Eine solche, stets im Kontext eines wie auch immer gearteten Sicherheitsversprechens stehende Verhinderungslogik befindet sich in Widerspruch zur Ausgangsoffenheit von Bildung (Greuel 2022: 308; Höhne 2022: 84). Keineswegs verdeutlicht sich dieser Widerspruch ausschließlich in einem spezifischen pädagogischen Bereich. Vielmehr kann er als grundlegend markiert werden, der überall dort offensichtlich wird, wo die beiden Logiken aufeinandertreffen.

Im Kontext politischer Bildung äußert sich Ausgangsoffenheit idealtypisch subjektorientiert als eine Form eigenständiger Urteilsfindung⁷ (Bundesministerium für Bildung und Frauen 2015b: 4; Haselwanter 2022: 35; Höhne 2022: 86). Ein Gelingen von Bildung ist demnach auch dann möglich, wenn Lernende – mit denen im Sinne einer positiven Adressat*innenkonstruktion auf Augenhöhe kommuniziert wird (Höhne 2022: 86) – zu dem Urteil gelangen, Inhalte nicht anneh-

men zu wollen; aus der Perspektive Lehrender kann dies als „Scheitern“ erscheinen. Ausgangsoffenheit ist jedoch keineswegs auf das Pädagogische reduzierbar, sondern verdeutlicht sich gleichermaßen in der Frage nach der politischen Zielsetzung. So verweisen Marlon Barbehön und Alexander Wohnig (2022a: 13) auf eine „Widersprüchlichkeit, die der Bedeutung von politischer Bildung für die Demokratie strukturell eingeschrieben ist: Politische Bildung ist immer zugleich auf die Bewahrung von Bestehendem und die Ermöglichung von Neuem gerichtet, immer zugleich Schließung gegenüber Bedrohungen und Öffnung gegenüber Potenzialität, immer zugleich Affirmation und Subversion [...]“. Ein Blick in den „83. Erlaß: Staatsbürgerliche Erziehung“ vom 6. Juli 1949 (Bundesministerium für Unterricht 1949) verweist auf eine historische Vorrangstellung affirmativer Elemente, die gleichermaßen als Beispiel für Anschlussmöglichkeiten extremismuspräventiver Herangehensweisen interpretierbar sind. Anhand des aktuell gültigen „Unterrichtsprinzips Politische Bildung. Grundsatzlerlass“ vom 22.6.2015 (Bundesministerium für Bildung und Frauen 2015b) verdeutlicht sich demgegenüber das angeführte Spannungsverhältnis. Auch wissenschaftlich unterliegt die Frage über den Auftrag und die Zielsetzungen politischer Bildung kontroversen Diskussionen (Lösch/Thimmel 2011; Pohl 2015). Unstrittig ist hingegen der normative Bezug auf die Menschenrechte.

Der pädagogische und auch der politische Anspruch von Prävention – bzw. von Extremismusprävention, um den politischen Gehalt zu betonen – ist friktionsfrei und geschlossen. Er verbleibt im Kontext der Affirmation der bestehenden Ordnung (Haselwanter i. E.) und gilt als gelungen, wenn die adressierten Objekte – qua der dafür notwendigen Hierarchie zwischen Lehrenden und Lernenden (Greuel 2022: 308) – vorgegebene Inhalte übernommen haben. Eine Nichtübernahme von Inhalten gilt folglich als Scheitern. Eine eigenständige Urteilsfindung ist entsprechend der „Erziehungslogik, die Prävention strukturell kennzeichnet“ (Höhne 2022: 89), nicht vorgesehen.⁸ Die Unberechenbarkeit einer ausgangsoffenen (und einer idealtypisch auf symmetrischen Beziehungen basierenden) Handlungslogik erscheint aus präventiver

⁶ Historisch ist diesbezüglich in Österreich nicht nur auf den Nationalsozialismus (1938–45) hinzuweisen, sondern gleichermaßen auf den Austrofaschismus (1933–38).

⁷ „Aus ideologiekritischer Perspektive ist die Eigenständigkeit einer Urteilsfindung stets im Kontext jeweils vorherrschender gesellschaftlicher Verhältnisse zu reflektieren und dahingehend zu relativieren.“ (Haselwanter 2022: 38)

⁸ Ein Zurückstellen der Befähigung zu Urteils- und Handlungsfähigkeit macht Wohnig (2018, zitiert nach Barbehön/Wohnig 2022b: 175) „zumindest teilweise“ auch in Argumentationen von Konzepten des Demokratie-Lernens, des Service-Learnings oder Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aus.



Perspektive vielmehr als Gefahr. Gemäß präventiver Logik erschwert Ausgangslosigkeit das antizipierende Abwenden von als negativ ausgemachten Entwicklungen und muss – im Sinne der Notwendigkeit einer Marginalisierung von Bildung – verhindert werden.

Zentraler Referenzpunkt eines solchen Vorgehens ist eine negative Konzeption der Adressat*innen; sie werden (auch im Rahmen primärer Prävention) als potenzielle Gefährder*innen betrachtet (Gill/Achour 2019: 32f.).⁹

5 Auswirkungen auf die politische Bildung

Ausgehend von den skizzierten Unterschieden wird nun in vier Schritten nach Auswirkungen der Zunahme extremismuspräventiver Herangehensweisen auf politische Bildung gefragt.

(1) Die einer ausgangsoffenen Handlungslogik entgegenstehende „fraglose Plausibilität“ (Bröckling 2012: 93), d. h. das Versprechen präventiver Semantiken und Handlungsmuster, „extremistische“ Entwicklungen verhindern zu können, hat dazu geführt, dass sich in Österreich in wenigen Jahren – politisch gewollt und unterstützt – die Anzahl der Maßnahmen und Angebote der Extremismusprävention vervielfachte. Die Expansivität von Extremismusprävention ist qua Strategiepapier festgeschrieben und bedeutet eine unweigerliche Verdrängung ausgangsoffener Herangehensweisen in sämtlichen pädagogischen Bereichen, in die präventive Logik eindringt. Die ursprünglich bei Fragen pädagogischen Agierens in Bezug auf als extrem ausgemachte Entwicklungen noch vermehrt adressierte *politische Bildung verliert diesbezüglich an Bedeutung* – etwa im Konflikt um Ressourcen oder auch hinsichtlich der Relevanz ihrer pädagogischen Methoden sowie ihres politischen Anspruchs.¹⁰

⁹ Milbradt et al. (2019: 157) verweisen mit Blick auf die Handlungspraxis darauf, dass die idealtypisch-handlungslogische Differenzierung „zwischen Bildungsarbeit und Radikalisierungsprävention meist nicht mehr so stringent aufrechterhalten [werden kann], denn es bestehen fließende Übergänge zwischen bildender und präventiver Arbeit“.

¹⁰ Im Zuge öffentlicher Diskussionen nach den islamistischen Terroranschlägen auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ am 7.1.2015 und mit Verweis auf die Problematik einer Radikalisierung von Schüler*innen forderte der damalige österreichische Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, Sebastian Kurz (ÖVP), „die Einführung des Pflichtfachs Politische Bildung ab der fünften Schulstufe“. Aufgrund fehlender finanzieller

Dies nicht zuletzt auch, da politische Bildung aufgrund der Wesentlichkeit selbstständiger Urteilsfindung und unabhängig davon, ob sie in der Schule, der Erwachsenenbildung oder der Jugendarbeit stattfindet, keine kurzfristigen Lösungen vergleichbar einer Feuerwehr (Bredl/Lange 2022: 193) versprechen kann. Vielmehr benötigt sie „Möglichkeiten und Räume für eine systematische, tiefgründige und daher langfristig angelegte Auseinandersetzung mit gesellschaftlich-politischen Strukturen und Entwicklungen“ (Krösche/Stornig 2022: 136). Extremismuspräventive Logik stellt demgegenüber zeitnahe, mit weniger Kosten verbundene und auf klaren Hierarchien basierende Erfolge in Aussicht. Ein Gelingen von Prävention lässt sich aber, wie in jedem erzieherischen Prozess (Vogel 2019: 74), nicht garantieren. „Die Frage nach der Wirksamkeit von Prävention ist bisher kaum zu beantworten [...]“ (Lützing et al. 2020: 614). In der „Österreichischen Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ wird von einem „Dilemma der Nicht-Messbarkeit erfolgreicher Prävention“ (Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung o. J.: 50) ausgegangen.

(2) Die Tendenz einer Marginalisierung von Bildung qua Zunahme präventiver Herangehensweisen bedeutet jedoch nicht notwendigerweise, dass politische Bildung gänzlich zum Verschwinden gebracht werden soll bzw. kann. So zeigt sich Marginalisierung gleichermaßen in einer *extremismuspräventiven Rahmung politischer Bildung* – gewissermaßen einer Kolonisierung des Feldes. Am Beispiel der „Österreichischen Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ verdeutlicht sich diese Fokussierung darin, dass politische Bildung in dem Papier unter der Überschrift „Demokratieförderung als Garant für Extremismusprävention“ (ebd.: 30ff.) verhandelt wird.¹¹

Konkret heißt es dort: „Politische Bildung kommt für die Demokratieförderung, insbesondere in den Schulen, eine besonders hohe Bedeutung zu, da hierbei

Mittel zeigte sich Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) jedoch zögerlich und eine Einführung blieb aus (Neuhauser/Schmidth-Vierthaler 2015). Bis heute existiert politische Bildung lediglich in den Berufsschulen als eigenständiges Fach (Lauß/Schmid-Heher 2017: 97). Selbst in seiner Zeit als Bundeskanzler (2017–2019 und 2020–2021) setzte Kurz seine Forderung aus dem Jahr 2015 nicht um.

¹¹ Lediglich in Bezug auf die Relevanz kontinuierlicher Weiterbildung von Pädagog*innen wird politische Bildung auch an anderer Stelle erwähnt. (Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung o. J.: 42)



die Grundlagen eines demokratischen Verständnisses gebildet werden“ (ebd.: 31). Die extremismuspräventive Rahmung zeigt sich, indem die zu fördernde Demokratie im Sinne ihres präventiven Schutzes als „widerstandsfähige Demokratie“ (ebd. 31) festgeschrieben und die Freiheit individueller Urteilsfindung lediglich in den Grenzen des gesetzten demokratischen Verständnisses ermöglicht wird. Urteilsvermögen und kritisches Denken sind „gegenüber demokratiefeindlichen Bewegungen unter Jugendlichen – ebenso wie unter Erwachsenen“ (ebd.: 32) zu stärken. Die Intention einer kritischen Reflexion von Demokratie selbst findet sich nicht.¹² Sowohl der politische als auch der pädagogische Ausgang sind damit (gleichermaßen aus dieser Perspektive) als geschlossen zu interpretieren. Ausgehend von der Betrachtung des politischen Feldes im Sinne des Extremismusansatzes und damit unter der Vorgabe einer als integer markierten politischen Mitte wird politische Bildung auf eine spezifische Spielart demokratischer Pädagogik reduziert. Formulierungen in Bezug auf die außerschulische Bildungsarbeit „vor dem Eintritt in die Schule“ als auch „in teilnehmerorientierten Formaten im Erwachsenenalter“ lassen zudem offen, ob hier „Demokratieförderung“ bzw. die Vermittlung von „Demokratie als Staats- und Lebensform“ den Begriff der politischen Bildung ersetzen sollen (ebd.: 32).

In Anbetracht der Gefahr eines Wiedererstarkens nazistischen Gedankenguts hat der deutsche Sozialphilosoph Max „Horkheimer 1950 in seiner Rede auf der Königsteiner Konferenz zur Einführung der politischen Wissenschaft an den Universitäten“ (Albrecht 1999: 392) die Problematik einer politischen Pädagogik beschrieben, die auf Anpassung abzielt: „Nicht nur darauf kommt es an, mit dem Staate übereinzustimmen, sondern auch darauf, daß wir den Menschen dazu erziehen, daß er in der Lage ist, dem Staate Widerstand

¹² Im Vergleich dazu heißt es im „Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzlerlass 2015“ (Bundesministerium für Bildung und Frauen 2015b: 2): „Politische Bildung befähigt dazu, gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und mögliche Weiterentwicklungspotentiale zu erkennen und die dahinter stehenden Interessen und Wertvorstellungen zu prüfen sowie im Hinblick auf eigene Auffassungen zu bewerten und allenfalls zu verändern.“ Und im Grundsatzpapier der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung (ÖGPB o. J.), der wohl bedeutendsten Organisation politischer Erwachsenenbildung in Österreich, wird darauf hingewiesen, dass politische Bildung einerseits die Demokratie stärken soll, „aber andererseits kein Stabilisierungsfaktor des Bestehenden sein“ darf.

zu leisten, wenn es sein muß.“ (Horkheimer, zitiert nach ebd.)

(3) Die Situation in Deutschland beschreibend, verweist Benedikt Widmaier (2022: 14) auf die Relevanz gut ausgestatteter *staatlicher Förderprogramme* für die Ausbildung „eines Arbeitsfelds unter der Überschrift ‚extremismuspräventive Demokratieförderung‘“.¹³

Zwar in geringerem Ausmaß und zeitverzögert – aber auch in Österreich sind Ansätze vergleichbarer Programmausschreibungen erkennbar, die ihrerseits auf notorisch-unterfinanzierte Anbieter*innen treffen, was staatlichen Steuerungszintentionen qua Förderungen entgegenkommt.

Problematisierend spricht Julika Bürgin (2021: 64) von „Projektismus“, der an den von Fördergeber*innen bestimmten Kriterien orientiert ist und weniger an der jeweiligen Expertise, an drängenden Themen oder den Interessen von Adressat*innen. Daraus ergeben sich, den Ausschreibungen entsprechende, Schwerpunktsetzungen von Einrichtungen, wobei Divergenzen zwischen programmatischer Absicht und pädagogischer Umsetzung keineswegs auszuschließen sind. Paradigmatisch für programmsteuernde Maßnahmen kann u. a. auf das auf den Ministerratsvortrag „Strategische Extremismusprävention“ vom 16.12.2020 resultierende Förderausschreiben hingewiesen werden. Zwei darauf basierende und über das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (2023) finanzierte Projekte sind die Schaffung einer österreichweiten, vornehmlich außerschulisch agierenden Anlaufstelle zur Extremismusprävention im Sport „fairplay prevention“ (angesiedelt im Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation [VIDC]) und das auf Schüler*innen, Jugendgruppen, Mitglieder in Sportvereinen und Fußballfans abzielende Projekt „Lernkurve Stadion“ des Österreichischen Fußball-Bundes (ÖFB) (Haselwanter i. E.).

Auf demselben Ministerratsvortrag basiert die Initiative „Extremismusprävention macht Schule“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Mit der Zielsetzung, 3.000 Workshops innerhalb von drei Jahren durchzuführen, wurden

¹³ „Förderprogramme erschaffen ihren Gegenstand. Durch die Förderung von Projekten gegen Extremismus entstehen Projekte gegen Extremismus, dann Netzwerke gegen Extremismus, Tagungen zu Projekten und Netzwerken gegen Extremismus, Evaluationen von Projekten, Netzwerken und Tagungen gegen Extremismus, wissenschaftliche Begleitungen und natürlich Publikationen.“ (Bürgin 2021: 144)



externe Expert*innen dazu aufgerufen, Workshop-Konzepte einzureichen. Ab 4.4.2022 konnten Lehrpersonen dann aus unterschiedlichen Angeboten im Umfang von drei bis vier Unterrichtseinheiten auswählen und diese kostenlos ordern (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung 2021; OeAD o. J.a).

Die mit extremismuspräventiven Herangehensweisen verbundene Marginalisierung von Bildung lässt sich hier anhand von zumindest drei Ebenen verdeutlichen: *erstens*, indem im Kontext der Schule präventive Angebote zur Durchführung gelangen und dadurch vermehrt entsprechende Perspektiven Eingang finden, was bis zur Nachbearbeitung der Workshops durch Lehrpersonen oder zum informellen Austausch zwischen Schüler*innen reichen kann; *zweitens*, da die Workshops neben extremismuspräventiven Einrichtungen (z. B.: DERAD, turn oder prevönt – Radikalisierung- und Extremismusprävention) auch von Organisationen, die der politischen Bildung zuzurechnen sind, angeboten werden (z. B.: dem Demokratiezentrum Wien, Zentrum polis – Politik lernen in der Schule, Museum Arbeitswelt Steyr oder Sapere Aude – Verein zur Förderung der Politischen Bildung) (OeAD o. J.b). Qua Förderprogrammen werden damit extremismuspräventive Rahmungen auch von Einrichtungen politischer Bildung übernommen und finden dort Verbreitung, wo sie zuvor wenig oder gar nicht präsent waren. *Drittens* verdeutlicht ein Vergleich mit einem ähnlichen, von März bis Oktober 2015 durchgeführten Maßnahmenprogramm (den „Workshops zur Präventionsarbeit in den Schulen“), dass im damaligen Erlass zu den Workshops noch titelgebend von „Bildung für De-Radikalisierung“ gesprochen wurde, hingegen in Bezug auf das 2022 beginnende Angebot dem Bildungsbegriff kein vergleichbar prominenter Gebrauch mehr zugestanden wird (Bundesministerium für Bildung und Frauen 2015a; Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung 2021, 2022; Zentrum Polis o. J.b). Zudem war 2015 das Zentrum polis, die zentrale Serviceeinrichtung für die schulische politische Bildung in Österreich, für die Koordination zuständig¹⁴ (Bundesministerium für Bildung und Frauen 2015a). Für die organisatorische und technische Umsetzung

14 „Öffentliche Träger wie etwa die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Deutschland fehlen in Österreich. Eine ähnliche Funktion [in Bezug auf die Schulen] besitzt das Zentrum polis, das als selbst organisierte Initiative auf vertraglicher Basis für das Bildungsministerium arbeitet.“ (Hellmuth 2022: 569; Hervorh. im Original)

der ab April 2022 durchgeführten Workshops ist die OeAD – Agentur für Bildung und Internationalisierung verantwortlich. Die Auswahl und Prüfung der Angebote erfolgen durch Expert*innen des IRKS und durch die Beratungsstelle Extremismus, zwei Organisationen, die dem Feld der Extremismusprävention zuzurechnen sind. (OeAD o. J.a)

(4) In Bezug auf *pädagogische Einrichtungen* lassen sich drei Tendenzen feststellen: *erstens* eine ab Mitte der 2010er-Jahre zunehmende Gründung von Organisationen (und diesen entstammenden Projekten), die per se (und zuweilen in direkter Konkurrenz zu Einrichtungen politischer Bildung) in das Feld der Extremismusprävention einzureihen sind – Bildung ist hier grundsätzlich von nachgereihter Relevanz, präventive Herangehensweisen befinden sich im Mittelpunkt; *zweitens* ist – mit vergleichbaren Auswirkungen – auf ein Anwachsen extremismuspräventiver Angebote der Sicherheitsbehörden hinzuweisen, was zudem die Frage aufwirft, inwiefern es Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist, derart pädagogisch tätig zu werden; *drittens* ist ein stärker werdendes extremismuspräventives Aktiv-Werden von eigentlich bzw. ursprünglich u.a. in der Bildungsarbeit aktiven Einrichtungen feststellbar. Dies wohl primär, um entsprechende Fördermittel zu lukrieren und den Erhalt des eigenen Betriebs zu sichern – ein direktes Verdrängen bildender Herangehensweisen ist hier konstaterbar.¹⁵

Am Beispiel von Zentrum polis zeigt sich zudem, inwiefern der Extremismusbegriff nicht nur Eingang in Lehrpläne (Lehrplan der allgemeinbildenden höheren Schule: 120; Lehrplan der Mittelschule: 99), sondern gleichermaßen in die Tätigkeit von den Unterricht unterstützenden Organisationen gefunden hat. So heißt es – auch zu verstehen als Beispiel extremismuspräventiver Rahmung – in einem Dossier mit dem Titel „Extremismus und Radikalisierung als Herausforderung für die Politische Bildung“: „Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus, Antisemitismus – der

15 Das vom Internal Security Fund – Police der EU geförderte Projekt „Rhizome against Polarisation – Gewalt und Extremismusprävention von Jugendlichen“ verdeutlicht, wie extremismuspräventive Herangehensweisen auch in die im Kontext der entwicklungspolitischen Bildungs- und Kampagnenarbeit betreibenden NGO Südwind Eingang gefunden haben (Südwind o. J.). Vergleichbar kann, neben sich an den Schulworkshops beteiligenden Bildungseinrichtungen, auf die beiden Projekte „fairplay prevention“ und „Lernkurve Stadion“ hingewiesen werden.

politische Extremismus stellt Lehrkräfte, nicht nur in der Politischen Bildung, vor große Herausforderungen. So sind LehrerInnen in ihrem Schulalltag mitunter mit rassistischen, dschihadistischen oder anderen extremistischen Einstellungen der Jugendlichen konfrontiert. Vermittlung von Sachwissen, Sensibilisierung, Aufklärung und Deradikalisierung sind wesentliche Elemente der Prävention und ein wichtiger Beitrag zur Stärkung demokratischer Kompetenzen junger Menschen [...].“ (Zentrum polis o. J.a)

6 Abschließende Überlegungen

Resümierend lassen sich dem Begriff nach zwei Ursachen für das Anwachsen extremismuspräventiver Herangehensweisen ausmachen: So verweist die Verankerung des Extremismusansatzes in pädagogischen Herangehensweisen auf eine *Hegemonie politischer Positionen von Parteien der sogenannten Mitte*. Und die präventive Rahmung resultiert aus einem *Überhang sicherheitspolitischer Antworten auf Fragen der pädagogischen Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme*; mit einer ausgangsoffenen Vorstellung von Bildung haben diese jedenfalls nichts zu tun.

Angesichts der in der „Österreichischen Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ angeführten kolonisierenden Tendenzen extremismuspräventiver Herangehensweisen – gesamtgesellschaftlich und „auf allen Handlungsebenen“ wirksam zu werden (Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung o. J.: 14f.) – ist eine fortgesetzte Ausbreitung zu erwarten, die andauernde Verschiebungen bedingt: Adressat*innen werden zu Gefährder*innen, Reflexionsprozesse auf ein spezifisches Verständnis von Demokratie und pädagogische Intentionen auf zeitlich knapp bemessene Verhinderung reduziert. Demgegenüber ist aus Perspektive politischer Bildung hervorzuheben, dass diese *mehr* beitragen kann als das Versprechen einer affirmativ-erzieherischen Verhinderung von als negativ ausgemachten Entwicklungen. Und dies beinhaltet potenziell auch emanzipatorische Reflexionsprozesse, die über den Status Quo hinausreichen, Möglichkeiten einer Kritik am Staat, sofern sich dieser antidemokratisch gebärdet, oder radikale – also tiefgehende und weitreichende – Auseinandersetzungen mit politischen, gesellschaftlichen oder ökonomischen Zusammenhängen: Herangehensweisen, die Extremismusprävention jedenfalls zu verhindern versucht.

War für Theodor W. Adorno noch die „Verbreitung politischer Bildung [...] eins [...] mit der Erziehung zur Mündigkeit“ (Kadelbach 1971: 9), so geht ein solcher Anspruch durch die Expansivität extremismuspräventiver Herangehensweisen zunehmend verloren. Die Gleichzeitigkeit politischer und pädagogischer Schließungen verhindert Möglichkeiten eines dialektischen Sprungs, der in einer Erziehung zur Mündigkeit noch angelegt war. Unter extremismuspräventiver Perspektive geht es um eine Erziehung, der möglichst umfassende individuelle und kollektive Mündigkeit präventiv verwehrt bleiben soll.

Literatur

- Albrecht, C. (1999): Im Schatten des Nationalismus: Die politische Pädagogik der Frankfurter Schule. In: Albrecht, C./Behrmann, G./Bock, M./Homann, H./Tenbruck, F. H. (Hg.): *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*. Frankfurt/M.: Campus, 387–447.
- AWID (o. J.): *Über*. Online: <https://www.aufwerten.at/uber/> [24.10.2023].
- Barbehön, M./Wohnig, A. (2022a): Politische Bildung in der und für die Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72 (48), 11–16.
- Barbehön, M./Wohnig, A. (2022b): (Politische) Bildung als Verhinderung: Zu den Verkürzungen eines präventiven Zukunftsbezugs. In: Bünger, C./Czejkowska, A./Lohmann, I./Steffens, G. (Red.): *Jahrbuch für Pädagogik 2021. Zukunft – Stand jetzt*. Weinheim: Beltz Juventa, 170–181.
- Bredl, P./Lange, D. (2022): „Mehr als Feuerwehr!“ Zum Verhältnis von Politischer Bildung und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. In: Goetz, J./Reitmair-Juárez, S./Lange, D. (Hg.): *Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Politische Bildung – Pädagogik – Prävention*. Wiesbaden: Springer, 187–194.
- Bröckling, U. (2012): Dispositive der Vorbeugung: Gefahrenabwehr, Resilienz, Precaution. In: Daase, C./Offermann, P./Rauer, V. (Hg.): *Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*. Frankfurt/M.: Campus, 93–108.
- Bundeskanzleramt (o. J.): *Förderschwerpunkte und Übersicht der Förderprojekte Integration*. Online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/integration/projektfoerderung/foerderschwerpunkte/allgemein.html> [9.1.2024].
- Bundesministerium für Bildung und Frauen (2015a): *Bildung für De-Radikalisierung. Workshops zur Präventionsarbeit in Schulen*. Erlass. Wien.
- Bundesministerium für Bildung und Frauen (2015b): *Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzterlass*. Wien.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2021): *Faßmann: 3.000 Workshops für Extre-*

- mismusprävention im Schulbereich*. Online: <https://www.bmbwf.gv.at/Ministerium/Presse/20211105.html> [24.10.2023].
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2022): *Polaschek: Einreichung für Extremismusprävention-Workshops startet*. Online: <https://www.bmbwf.gv.at/Ministerium/Presse/20220116.html> [24.10.2023].
- Bundesministerium für Inneres. Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (o. J.): *Extremismusprävention und Deradikalisierung*. Online: <https://www.dsn.gv.at/216/> [20.10.2023].
- Bundesministerium für Inneres. Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (2023): *Verfassungsschutzbericht 2022*. Wien.
- Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (2023): *Erfolgsbilanz 2022 – Meilensteine für Kunst, Kultur, den öffentlichen Dienst und Sport*. Online: <https://www.bmkoes.gv.at/Themen/Aktuell/Meilensteine-2022.html> [24.10.2023].
- Bundesministerium für Unterricht (1949): 83. *Erlaß: Staatsbürgerliche Erziehung*. Wien.
- Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (o. J.): *Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung*. Online: https://www.dsn.gv.at/501/files/Praevention/767_Strategie_Extremismuspraevention_und_Deradikalisierung_publication_210x297mm_DE_WEB_20190115.pdf [24.10.2023].
- Bürgin, J. (2021): *Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- DERAD (o. J.): Home. DERAD- *Extremismusprävention, Dialog und Demokratie*. Online: <https://www.derad.at/> [24.10.2023].
- Fabris, V. (2019): Extremismus, Radikalisierung, Prävention – Extremismusprävention in Österreich, Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen und die Arbeit der Beratungsstelle Extremismus. In: Schwarzenegger, C./Brunner, R. (Hg.): *Bedrohungsmanagement: Radikalisierung und gewalttätiger Extremismus / Nationaler Aktionsplan*. Zürich: Schulthess Verlag, 63–86.
- Fabris, V./Reicher, F. (2021): Extremismus in Österreich. Eine (kritische) begriffliche Einordnung. *SIÖ. Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich*, 56 (4), 15–18.
- Feldmann, D. (2023): *Demokratie trotz(t) Antiextremismus? Zur Bedeutung von Extremismusprävention für (Ent-) Demokratisierung und politische Bildung*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Gill, T./Ahour, S. (2019): „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung? *Journal für politische Bildung*, 9 (2), 32–37.
- Glaser, E. (2013): Dokumentenanalyse und Quellenkritik. In: Frieberthäuser, B./Langer, A./Prenzel, A. (Hg.): *Handbuch. Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*. Weinheim: Beltz Juventa, 365–375.
- Greuel, F. (2022): Das Praxisfeld der (pädagogischen) Prävention von Rechtsextremismus in Deutschland. In: Milbradt, B./Frank, A./Greuel, F./Herding, M. (Hg.): *Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, 299–312.
- Grigori, E. (2021): Mein rechter, rechter Platz ist frei... Auf der Suche nach einem fachlichen Verständnis von Rechtsextremismus. *SIÖ. Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich*, 56 (4), 8–14.
- Haselwanter, M. (i. E.): Politische Bildung und Fußball in Österreich – eine Spurensuche zwischen Marginalisierung und Prävention. In: Fritz, F./Schmidt, B./Walter, S./Zwecker, M. (Hg.): *Wie gelingt partizipative politische Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene im Fußball?* Weinheim: Beltz Juventa.
- Haselwanter, M. (2022): Politische Bildung und politische Erziehung in der Migrationsgesellschaft – notwendige Differenzierungen. *Migration und Soziale Arbeit*, 44 (1), 33–40.
- Hellmuth, T. (2022): Politische Bildung in Österreich. In: Sander, W./Pohl, K. (Hg.): *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, 565–573.
- Hofinger, V./Lippe, F./Walter, R. (2021): Evaluation in der Extremismusprävention. Zur Messung von Effekten einer Intervention am Beispiel des Projekts DECOUNT. *SIÄK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis*, 18 (2), 78–88.
- Höhne, T. (2022): (Politische) Bildung als Prävention? Die relative Autonomie der politischen Bildung – und ihre Aufhebung in der Politik der Prävention. In: Wohnig, A./Zorn, P. (Hg.): *Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 82–101.
- Jesse, E. (2002): Extremismus. Online: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/41896/extremismus/> [18.10.2023].
- Kadelbach, G. (1971): Vorwort. In: Kadelbach, G. (Hg.): Adorno, T.W.: *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 7–9.
- Keil, D. (2020): Politik(wissenschaft) als Mythos. Die Extremismustheorie und das Hufeisen. In: Berendsen, E./Rhein, K./Uhlig T. (Hg.): *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*. Berlin: Verbrecher Verlag, 45–57.
- Klammer, C. (2016): Präventionsarbeit quo vadis? Eine Kritik der „Deradikalisierung“ aus soziologischer Perspektive. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.): *Rechtsextremismus. Band 2: Prävention und politische Bildung*. Wien: Mandelbaum, 196–219.
- Kucharowits, K. (2020): *Anfrage 2964/J vom 28.07.2020 (XXVII. GP)*. Online: <https://www.parlament.at/>

- gv.at/dokument/XXVII/J/2964/imfname_813783.pdf [24.10.2023].
- Krösche, H./Stornig, T. (2022): Lernen aus der und über die Krise als Aufgabenfeld der politischen Bildung. *Transfer Forschung ↔ Schule*, 8 (8), 133–147.
- Lauß, G./Schmid-Heher, S. (2017): Politische Bildung an Wiener Berufsschulen: Demokratische und autoritäre Potentiale von Lehrlingen. In: Mitnik, P. (Hg.): *Empirische Einsichten in der Politischen Bildung*. Wien/Innsbruck: Studienverlag, 95–123.
- Lehrplan der allgemeinbildenden höheren Schule, BGBl. II – Ausgegeben am 2. Jänner 2023 – Nr. 1.
- Lehrplan der Mittelschule, BGBl. II. – Ausgegeben am 2. Jänner 2023 – Nr. 1.
- Lösch, B./Thimmel, A. (Hg., 2011): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Lützing, S./Gruber, F./Hedayat, A. (2020): Eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland sowie ausgewählter Präventionsstrategien aus dem europäischen Ausland. In: Ben Slama, B./Kemmesies, U. (Hg.): *Handbuch Extremismusprävention – Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 597–630.
- Marchart, J. M. (2023): Staatsschutzreform: *Der Bezirkspolizist als Extremismusjäger*. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000144476278/staatsschutzreform-der-bezirkspolizist-als-extremismusjaeger> [24.10.2023].
- Milbradt, B./Schau, K./Greuel, F. (2019): (Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention – Handlungslogik, Präventionsstufen und Ansätze. In: Marks, E. (Hg.): *Prävention und Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahme zum 24. Deutschen Präventionstag*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, 141–180.
- Neuhauser, J./Schmidt-Vierthaler, R. (2015): *Politische Bildung gegen Extremismus*. Online: <https://www.diepresse.com/4637701/politische-bildung-gegen-extremismus> [24.10.2023].
- O. A. (2020): *Vier Todesopfer bei Terroranschlag in Wien – IS reklamiert Anschlag für sich*. Online: <https://www.derstandard.at/jetzt/livebericht/2000121390199/drei-tote-bei-islamistischem-terroranschlag-in-wien-ein-taeter-erschossen?responsive=false> [17.10.2023].
- OeAD (o. J.a): *Extremismusprävention macht Schule*. Online: <https://oead.at/de/schule/extremismuspraevention> [24.10.2023].
- OeAD (o. J.b): *Extremismusprävention macht Schule. ein kostenloses Angebot für Schulen*. Online: <https://extremismuspraevention.oead.at/ep/angebote> [24.10.2023].
- ÖGPB (o. J.): *Politische Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung*. Grundsatzpapier. Online: https://politischebildung.at/upload/oeppb_image_folder_2018.pdf [24.10.2023].
- Pohl, K. (2015): *Kritik: Wie kritisch soll politische Bildung sein?* Online: <https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193192/kritik-wie-kritisch-soll-politische-bildung-sein/> [19.10.2023].
- Prinzjakowitsch, W. (2018): Offene Jugendarbeit in der Extremismusprävention. In: ACUNS Liaison Office Vienna/Tschachler, J./Steinberger, A. (Hg.): *(De)Radikalisierung von Jugendlichen. Phänomene, Akteure und Lösungen*. Wien/Graz: NWV Verlag, 23–28.
- Seidel, I. (2020): Extremismus – Ein Konzept zur Lähmung des Kampfes gegen rechts. In: Berendsen, E./Rhein, K./Uhlig T. (Hg.): *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*. Berlin: Verbrecher Verlag, 87–101.
- Südwind (o. J.): *Rhizome against Polarisation*. Online: <https://www.suedwind.at/bilden/jugendarbeit/projekte/rhizome-against-polarisation/> [24.10.2023].
- Vogel, P. (2019): *Grundbegriffe der Erziehungs- und Bildungswissenschaft*, Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich, 59–105.
- Vortrag an den Ministerrat (2020a): *Gesamtstaatlich gegen Radikalisierung – Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED)*. 26/33.
- Vortrag an den Ministerrat (2020b): *Strategische Extremismusprävention*. 42/25.
- Weidinger, B. (2014): Zwischen Kritik und konservativer Agenda. Eine Verteidigung des Rechtsextremismusbegriffs gegen seine Proponent*innen. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.): *Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen – Band 1*. Wien: Mandelbaum, 69–89.
- Widmaier, B. (2022): *Extremismuspräventive Demokratieförderung. Eine kritische Intervention*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Wiegel, G. (2011): Total extrem? Zur gegenwärtigen Alltagsdominanz des Extremismusansatzes. In: Hentges, G./Lösch, B. (Hg.): *Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte*. Wiesbaden: Springer, 223–233.
- Zentrum Polis (o. J.a): *Extremismus und Radikalisierung als Herausforderung für die Politische Bildung*. Online: <https://www.politik-lernen.at/extremismus> [19.10.2023].
- Zentrum Polis (o. J.b): *„Selbstbewusste Kinder und Jugendliche brauchen keine destruktiven Ideen“. Initiative „Bildung für De-Radikalisierung“. Ergebnisse und Auswertung*. Online: https://www.politik-lernen.at/dl/ltLoJKKonK-KJqx4KJK/Pr_sentation_Ergebnisse_pdf [24.10.2023].